

Liebe Freundinnen und Freunde von "Sand im Getriebe",

zu der globalen Aktionswoche gegen Kapitalismus und Krieg vom 28. März bis 4. April 2009 (von den Sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforum in Belem beschlossen, s. SiG 72) schicken wir euch unter dem Motto:

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRIEGE!

drei Artikel und mehrere Links als Vorboten für die nächste SiG-Nummer, die in der zweiten Aprilhälfte erscheinen wird.

ARTIKEL (s. unten):

1. Interview mit Walden Bello zu Globalisierung und Deglobalisierung
2. Jürgen Wagner zur NATO als bewaffneter Arm des Westens gegen den Süden
3. Bericht zur Inhaftierung von Aktivisten und Attac-Mitgliedern in Marokko!

Hier einige LINKS zu den Aktionen in der Woche vom 28.3. bis zum 4.4.:

a) Aktionen gegen das G20-Treffen in London und weltweiter Aktionstag am 28.3.:

-----  
London:

1 April - 14 Uhr - Marsch durch Central-London am Vorabend des Gipfeltreffens

2 April - 11 Uhr - Protest am Excel Centre London Docklands

<http://www.stopwar.org.uk/>

Weltweit:

<http://www.choike.org/campaigns/camp.php?5>

<http://casinocrash.org/>

<http://www.cadm.org/spip.php?rubrique183>

Aktionen am 28.März:

Österreich: <http://www.28maerz.at/7040.html>

Deutschland: <http://www.28maerz.de/startseite/>

Deutschland: <http://www.kapitalismuskrise.org/>

Frankreich: <http://www.stop-g20.org/>

Canada: [http://www.quebec.attac.org/article.php3?id\\_article=513](http://www.quebec.attac.org/article.php3?id_article=513)

Spanien: <http://www.attac.es/portalattac/>

England: <http://www.putpeoplefirst.org.uk/whats-happening/>

Belgien <http://vl.attac.be/>

Schweden: <http://attac.se/arkiv/3541/g20-moete-i-london-2-april-2009>

Italien: <http://www.italia.attac.org/spip/spip.php?breve213>

Zu dem ersten Treffen der G20 im November. S. auch SiG 70 mit der „Peking Erklärung“: [http://www.attac.de/uploads/media/sig\\_70.pdf](http://www.attac.de/uploads/media/sig_70.pdf)

b) „No NATO“ - Aktionen in Straßburg und Baden-Baden, Protesttag am 4.4

-----

<http://www.no-to-nato.org/>  
<http://www.nato-zu.de/>

Broschüre "Kein Frieden mit der NATO - Die NATO als Waffe des Westens"  
<http://www.imi-online.de/2009.php?id=1887>

Broschüre vom ISW München: NATO. Rüstung. Krieg, Grafik-Report Nr.12  
<http://www.isw-muenchen.de/grafikreport120.html>

Heft „60 Jahre NATO“  
<http://www.wissenschaft-und-frieden.de/>

Friedenspolitischer Ratschlag in Deutschland  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/Welcome.html>  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/Welcome.html>

Auf eine erfolgreiche Aktionswoche!!  
Mit solidarischen Grüßen

Peter Strotmann

---

## 1. Interview mit WALDEN BELLO zur Krise der Globalisierung

---

»Wie ein getroffenes U-Boot«

Frage: Dr Bello, wie schätzen sie die Auswirkungen dieser Krise auf den globalen Süden ein?

Walden Bello: Sie werden massiv sein. Am stärksten werden diejenigen Volkswirtschaften leiden, die sich vollständig der Globalisierung geöffnet haben und ihr Wachstum etwa durch exportorientierte Industrialisierung an die Märkte im Ausland geknüpft haben. Weit weniger betroffen sind dagegen Länder mit geringerem Öffnungsgrad, zum Beispiel viele Staaten in Afrika.

Frage: Welche Effekte hat die Krise bereits?

Walden Bello: In Ostasien sind die Exporte steil abgestürzt. In China haben in den vergangenen Monaten laut Regierungsangaben bereits 20 Millionen Arbeiter ihre Jobs verloren. Der Wert des koreanischen Won ist um mehr als 30 Prozent gefallen. Die Überweisungen südostasiatischer Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer sinken gewaltig und entlassene Arbeiter kehren nach Indonesien und auf die Philippinen zurück. Die Agrarexporte von Argentinien und Brasilien befinden sich im freien Fall.

Frage: Wird sich die Situation weiter verschlimmern?

Ja, definitiv. Wir sind erst am Beginn des weltweiten Absturzes. Ich weiß nicht, wann der Tiefpunkt erreicht sein wird - und wie lange die Weltwirtschaft dort dann verharrt. Die globale Ökonomie ist wie ein getroffenes deutsches U-Boot, das mit großer Geschwindigkeit zum Meeresboden sinkt. Wenn es dort aufgeschlagen ist, weiß niemand, wie die Besatzung es jemals wieder flott bekommt und zum Aufsteigen bringt. Wird

die Mannschaft es mit mühseligen Manövern wieder an die Oberfläche bringen, wie in dem Film „Das Boot“, oder wird es auf dem Meeresboden bleiben? Ebenso wenig wissen wir, ob keynesianische Wiederbelebungsversuche die Wirtschaft in Schwung bringen werden.  
Frage: Wie beurteilen Sie das Programm der US-Administration unter Präsident Walden Bello: Barack Obama im Hinblick auf die Weltwirtschaft?

In der Wirtschaftspolitik wendet sich die Administration nach innen und damit von Globalisierung und Freihandel ab. Sie spricht sich zwar für Multilateralität und gegen Protektionismus aus, aber das sind bislang nur Worthülsen. Obamas erste Priorität ist die Stabilität der US-Ökonomie. Das Ausland kann warten. Rhetorisch werden die USA beim G20-Treffen in London eine führende Rolle übernehmen, wenn es um die globale Finanzarchitektur und starke Regulation geht. Ich denke allerdings, der Focus regulativer Kontrollen wird im Inneren liegen. Erst wenn der Absturz der US-Ökonomie gestoppt ist, wird sich Obama internationalen Wirtschaftsthemen zuwenden.

Frage: Wie sieht es mit der Europäischen Union aus?

Die EU wird sich wahrscheinlich auch mehr nach innen wenden. Dabei bleibt abzuwarten, ob sie sich für überlebensfähige politische Konzepte für die gesamte Region entscheidet oder aber in nationale Stabilisierungskonzepte zurückfällt. Ich denke, dass die Unterstützung für Multilateralismus und weltweite Politikansätze in Europa erodieren wird. Es wird eine ähnliche Binnenorientierung geben wie in den USA. Sorge bereitet mir zudem, was den Arbeitsmigranten aus dem Osten und dem Süden angesichts einer schrumpfenden Wirtschaft in der EU bevorsteht. Rassismus und ethnische Vorurteile könnten sich auszutoben.

Frage: Erwarten Sie, dass die G20 die ökonomischen Turbulenzen in den Griff bekommen?

Walden Bello: Nein. Die Voraussetzungen für ein neues Bretton-Woods-System sind nicht gegeben. Jeder ist sich immer noch selbst der Nächste. Es gibt wenig Unterstützung für eine Reform des IWF und eine stärkere Rolle der Weltbank. Zudem wird in der WTO der Abschluss der Doha-Runde nicht vorangetrieben, da viele Verhandler der Globalisierung misstrauen. Zudem ist im Basel-Prozess versäumt worden, den Banken den nötigen Regelungsrahmen zu geben. Es wird viele nette Worte über Multilateralismus geben - aber wenige Taten.

Frage: Was müsste dringend getan werden, um die Vertiefung der Deglobalisierung und Desintegration zu verhindern?

Walden Bello: Deglobalisierung darf nicht mit Desintegration gleich gesetzt werden! Angesichts der Excesse der Globalisierung und des Ausmaßes, in dem sie ganze Volkswirtschaften verwundbar bis zum Zusammenbruch machte, weil sie Märkte und Produktionen integrierte und schützende Grenzen zwischen der Binnen-Ökonomie und der internationalen Ökonomie beseitigte, angesichts dieser Tatsachen ist Deglobalisierung, begleitet von wirtschaftlicher Regionalisierung und gestärkten nationalen Ökonomien, eine gute Sache. Das Problem mit der Globalisierung besteht darin, dass sie nationale Ökonomien zerstörte. Die Herausforderung für uns besteht jetzt darin, ein Weltsystem zu schaffen, in dem die Teilnahme an der internationalen Ökonomie die Kapazitäten der nationalen Ökonomien stärkt statt sie zu zerstören.

Frage: Was sollte der Beitrag des politischen und sozialkritischen Spektrums im Norden sein, um die Desintegration zu verhindern?  
Walden Bello: Wir müssen das als eine Gelegenheit sehen, eine deglobalisierte Welt zu schaffen, in der es mehr Gleichheit zwischen und innerhalb der Länder gibt. Eine Welt, in der die Länder eine Wirtschaftspolitik betreiben können, die sich im Einklang befindet mit ihren Werten, ihren Zielen und ihren gesellschaftlichen Rythmen statt eingeklemmt zu sein in ein neoliberales „ein-Schuh-für-alle-Modell“. Eine Welt, in der Vielfalt – wie in der Natur – als Stärke angesehen wird. Eine Welt, in der es Raum gibt für nachhaltige Entwicklungspolitik, die nicht das Hoch-Konsumtionsmodell des Nordens reproduziert wird. Ich wiederhole: die Krise eröffnet Chancen!

Frage: Wie schätzen Sie den Zustand der Linken und der sozialen Bewegungen derzeit ein?

Walden Bello: Die Linke hat das theoretische Rüstzeug für das Verständnis der Krise. Besonders wichtig ist dabei die marxistische Analyse - einschließlich der Einsichten von Rosa Luxemburg - , dass der Kapitalismus zu Überakkumulation und Überproduktion tendiert. Die Herausforderung liegt darin, eine Massenbewegung aufzubauen, weltweit und national, um eine antikapitalistische Antwort auf die Krise zu befördern. Demokratie in der Wirtschaft, mehr Demokratie in der Politik müssen die Ziele sein. Wir müssen uns beeilen, denn wenn wir keine linken Angebote für die Leute haben, lassen sie sich vielleicht von Rechten überzeugen. Wir wollen nicht, dass Länder wieder in ein Szenario wie das von Deutschland in den 1930er-Jahren zurück fallen!

INTERVIEW: Henning Heine; Übersetzung SiG

Originaltext:

<http://focusweb.org/die-tagezeitung-interviews-walden-bello.html?Itemid=1>

-----  
Zur Konferenz der G20 siehe auch:

Walden Bello

“The G20 conference is setting itself up for failure with wrong solutions and wrong venue,” he said.

“The G20 already met in November, but it was bound to fail because there was no representation from most countries,” he added.

Bello said the G20 was created after the Asian crisis in the late 1990s, and up until now, it had not done anything.

He said the UN had tried to come up with a multilateral economic organization in the UN Conference on Trade and Development (UNCTAD), but other multilateral financial institutions shot the idea down.” Zitiert

in:

<http://business.inquirer.net/money/breakingnews/view/20090313-194019/UN-not-G20-must-lead-in-solving-crisis>

Gustave Massiah, Attac Frankreich:

“Ce G20 est certes plus présentable que le G8 puisque les 20 pays représentent les deux-tiers de la population mondiale. Pour autant, il reste illégitime en tant que directoire autoproclamé. Et il reste aussi

inquiétant. En 1977, le précurseur du G8 avait créé la crise de la dette en appelant les pays pétroliers à recycler les pétrodollars et les banques à leur prêter sans trop regarder. Il avait ainsi cassé le front des pays du Sud en ralliant les pétroliers contre les plus pauvres. Il tente aujourd'hui le même coup avec les pays émergents."

<http://www.france.attac.org/spip.php?article9680>

-----  
2.

Kein Frieden mit der NATO!  
von Jürgen Wagner

-----  
Am 3. und 4. April 2009 will die NATO ihr 60-jähriges Jubiläum in Straßburg und Baden-Baden zelebrieren und sich dort als Friedensbündnis feiern. Tatsächlich war und ist die NATO aber eine Militärallianz, deren Hauptzweck darin besteht, die Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Deshalb konnte und durfte das Bündnis nach dem Ende der Sowjetunion auch nicht aufgelöst werden. Denn nachdem die westlich-kapitalistischen Staaten Anfang der 1990er Jahre die Vorherrschaft im internationalen System errungen hatten, ging es fortan darum, diese Position mit Hilfe der NATO militärisch abzusichern. Hierfür setzte die Allianz auf eine doppelte Expansion: territorial brachte sie mit ihrer Erweiterung rasch große Teile der sowjetischen Konkursmasse unter ihre Kontrolle, während sie funktional ihren formalen Schwerpunkt von der Landesverteidigung auf die Durchführung weltweiter Militärinterventionen im Ausland verlagerte. Doch die westliche Vorherrschaft wird nicht erst seit der jüngsten Finanzkrise zunehmend brüchig. Nicht nur in der sog. Dritten Welt schwindet die Akzeptanz, sich der herrschenden Weltordnung bedingungslos zu unterwerfen. Mit Russland und China sind neue Staaten (oder: je nach Sichtweise: »Rivalen«) auf den Plan getreten, die den westlichen Dominanzanspruch mittlerweile teils offen und effektiv in Frage stellen. Angesichts dieser »Herausforderungen« scheinen sich derzeit die - zweifellos vorhandenen - transatlantischen Interessenskonflikte zugunsten einer erneuten gemeinsamen Frontstellung einzuebnen (»The West against the Rest«). Spätestens mit der Wahl des US-Präsidenten Barack Obama zeichnet sich eine »Neue Transatlantische Partnerschaft« ab, die ihren institutionellen Niederschlag in einer vitalisierten NATO finden dürfte.

Womöglich noch 2009, spätestens aber im darauf folgenden Jahr soll zu diesem Zweck eine neue NATO-Strategie verabschiedet werden. Die Blaupause hierfür liegt bereits auf dem Tisch. Im Januar 2008 veröffentlichten fünf hochkarätige NATO-Strategen - unter ihnen der frühere Oberkommandierende der Allianz, John Shalikashvili, und der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, Klaus Naumann, - eine 150seitige Studie (»Toward a Grand Strategy for an Uncertain World«), in der sich nahezu alles finden lässt, was das Militaristenherz begehrt. Besonders weit reichend sind dabei die Vorschläge zur institutionellen Runderneuerung des Bündnisses. So soll künftig das Konsensprinzip auf nahezu sämtlichen Ebenen abgeschafft und Länder, die sich nicht an einem NATO-Krieg beteiligen wollen, sollen jeglicher Mitspracherechte beraubt werden. Zudem wollen die NATO-Strategen künftige Militärinterventionen explizit auch ohne Autorisierung des UN-Sicherheitsrates durchführen:

„Wir erachten die Anwendung von Gewalt auch bei Abwesenheit einer Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat als legitim, wenn die Zeit nicht ausreicht, ihn zu involvieren oder sich der Sicherheitsrat als unfähig erweist, zeitnah eine Entscheidung zu treffen, sollten Maßnahmen nötig sein, eine große Anzahl von Menschen zu schützen.“ Vor allem rohstoffreiche Länder, denen offen gedroht wird, ihre Ressourcen nicht als »Waffe« gegen den Westen einzusetzen, scheinen dabei ins Visier zu rücken und selbst der atomare Ersteinsatz wird als Option erwogen: „Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“

Die Begründung für ihre militaristische Wunschliste liefern die NATO-Strategen gleich mit: „Womit sich die westlichen Verbündeten konfrontiert sehen, ist eine lang anhaltende, proaktive Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart. Hierfür müssen sie die Risiken auf Distanz halten und gleichzeitig ihr Heimatland (homeland) beschützen.“ Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe kritischer Wissenschaft nicht nur darin herauszuarbeiten und klar zu benennen, dass der Zweck der NATO darin besteht, die der westlichen Lebensart zugrunde liegenden internationalen Herrschafts- und Hierarchiestrukturen abzusichern. Vielmehr ist es ebenso wichtig, einen Beitrag zur Überwindung dieser Ursachen von Gewalt und Ungerechtigkeit zu leisten. Die Proteste gegen den NATO-Gipfel im April 2009 bieten hierfür eine hervorragende Gelegenheit. Wir hoffen deshalb mit dieser Ausgabe von »Wissenschaft und Frieden« auch einen Beitrag zum Gelingen dieser Proteste leisten zu können.

Jürgen Wagner

<http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1512>

---

3.

Petition zur Freilassung der inhaftierten Aktivisten in Marokko

---

[http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com\\_joomlapetition&unc=viewcategory&Itemid=&catid=3](http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com_joomlapetition&unc=viewcategory&Itemid=&catid=3)

Bericht von Alexandre Zourabichvili, Rechtsanwalt der Rechtsanwaltskammer Paris (Auszug) über seinen Aufenthalt in Agadir (Marokko) vom 4 bis 7 März 2009 um im Auftrag der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen (IVDJ) und des Vereins Recht Solidarität (Droit Solidarité) als Beobachter am Prozess von jungen Aktivisten, Mitglieder von ATTAC Marokko teilzunehmen.

Am 5. März 2009 sollte am Gericht von Agadir der Prozess in erster Instanz der jungen Aktivisten des Vereins ATTAC Marokko und Aktivisten anderer Vereine stattfinden. Gegen diese Aktivisten wurde auf Grund ihrer angeblichen Teilnahme an der Kundgebung des „Schwarzen Samstags“ in Sidi-Ifni im Juni 2008, einer Kundgebung, die von den Sicherheitskräften zerschlagen wurde, Anklage erhoben. Nach Angaben der Behörden wurden ein Bezirksvorsteher (super-caïd) und Angehörige der

Sicherheitskräfte bei der Kundgebung angegriffen.

Diese Kundgebung war der Höhepunkt von Protesten der Bevölkerung, die die Stadt seit Mai 2008 in Unruhe versetzt hatten und das Ergebnis einer großen Unzufriedenheit auf Grund von Armut, Arbeitslosigkeit, und dem Mangel an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, an denen die Stadt und die Region seit Jahren leiden. Ein Hauptereignis der Proteste war die Blockade des Hafens von Sidi-Ifni, über den der vor der Küste gefangene und anscheinend vor allem für den Export bestimmte Fisch abgewickelt wird. Nach diesen Ereignissen wurden mehrere Personen, darunter auch die Aktivisten von ATTAC Marokko, von der Polizei festgenommen. Einige davon wurden seitdem wieder vorläufig freigelassen, andere werden nach wie vor festgehalten.

Kurz vor dem Prozess am 5. März stehen 22 Aktivisten unter Anklage, wovon 11 in Haft sind.

Die Anklagen gegen 18 Aktivisten lauten: „Vereinigung von Übeltätern und Unterstützung Krimineller“, „Zerstörung von Industrieanlagen“, oder „Verkehrsbehinderung“, worauf Haftstrafen von 5 bis 10 Jahren drohen. Ein Aktivist wird der Teilnahme an „Brandstiftung“ und versuchtem „Mord“ an einem öffentlichen Beamten beschuldigt.

Nach einigen Verteidigern, die von uns befragt wurden (über hundert Rechtsanwälte haben sich für die Verteidigung zusammengeschlossen) beruhen diese Anklagen im Wesentlichen auf den Aussagen von Angehörigen der Sicherheitskräfte und dem Polizeibericht, wobei die Aktivisten den Sicherheitskräften als Mitglieder von Attac Marokko oder anderer Vereine bekannt sind. Einige der Aktivisten wurden mehrere Tage nach den Ereignissen unter Gewaltanwendung festgenommen.

Bei der Eröffnung der Verhandlung sind ungefähr 20 Rechtsanwälte anwesend. Der Koordinator des Teams der Rechtsanwälte tritt vor und bringt einen Antrag auf Beendigung der Untersuchungshaft der Inhaftierten ein. Er berief sich auf die Missachtung von Regeln bei der Beweisaufnahme, den Gesundheitszustand von Brahim Barra und Hassan Agherbi und den politischen Charakter des Untersuchungsberichts (die nationalen Behörden sollen nach den Ereignissen von Mai-Juni 2008 das Ausmaß des Problems der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung von Ifni selbst eingestanden haben). Der Vertreter des Vereins Menschenrechte Marokko (AMDH) erwähnt die Existenz von Interessensgruppen, die sich dafür eingesetzt haben, dass gegen die Aktivisten Anklage erhoben wird und appelliert an die Unabhängigkeit des Gerichts. Er unterstreicht, dass die eigenen, marokkanischen Behörden in ihren Ansprachen regelmäßig das Recht auf Entwicklung hervorheben. Er verlangt vom Gericht, in dieser Sache die Förderung der Menschenrechte in Marokko nicht zu behindern und erinnert daran dass die angeklagten Aktivisten keine Kriminellen sind sondern für legitime Forderungen eintreten.

Ein anderer Rechtsanwalt erklärt, dass niemand in Ifni bestätigen konnte, dass tatsächlich Kfz in Brand gesetzt oder dass Polizisten angegriffen worden wären, wie das der Untersuchungsbericht behauptet. Seiner Meinung zu Folge ist der Anschlag frei erfunden. Die Beschuldigten verneinen alle ihnen angelasteten Taten. Der Rechtsanwalt fordert, dass sie zumindest gegen Kautions freigelassen werden. Der besorgniserregende Zustand von Brahim Bara (Nierenleiden) wird von einigen Anwälten erwähnt. Einer von ihnen, der aufs Neue die

Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaft der Angeklagten, die schon sechs Monate dauert, in Frage stellt, erwähnt die schlechten Haftbedingungen und den physischen und psychischen Druck. Er unterstreicht, dass die Häftlinge alle Garantien aufweisen, um nach marokkanischem Gesetz freigelassen werden zu können.

Da der Vertreter der Staatsanwaltschaft eigenartigerweise weder dazu noch zum Antrag auf Beendigung der Untersuchungshaft etwas zu sagen hatte, schließt der Gerichtspräsident die Sitzung und vertagt den eigentlichen Prozess auf den 9. April. Er kündigt die Beendigung der Untersuchungshaft mit gerichtlicher Aufsicht für drei Häftlinge: Ahmed Boufain, Abdel Malek Idrissi und Abdel Kder Adbib.

Es bleiben also acht Aktivisten in Untersuchungshaft. Das Gericht gab keine Gründe für seine Weigerung, diese freizulassen, an. Unter ihnen befinden sich auch Brahim Barra und Hassan Agherbi, die in Marrakech inhaftiert und krank sind.

Nach Angaben der Verteidigung und Barra Nahestehender erklärt sich die Weigerung des Gerichts letzteren freizulassen mit seinem sehr starken Einsatz bei Attac Marokko. Sein Gesundheitszustand scheint jedoch besorgniserregend. Er wartet immer noch auf eine Antwort der Behörden auf seinen Antrag auf Weiterleitung seiner medizinischen Akte. Da seine Entlassung aus der Untersuchungshaft, um wieder mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn zusammen zu sein, abgelehnt wurde, befindet sich Brahim Barra, 38, Aktivist bei Attac Marokko, so wie auch einige andere Untersuchungshäftlinge, in einer humanitär besorgniserregenden Lage.

Paris am 11 März 2009

Ungekürzter Text:

[http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com\\_content&task=view&id=846&Itemid=97](http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=846&Itemid=97)

Übersetzung: Martin Regelsberger

Weitere Informationen :

[http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com\\_content&task=blogcategory&id=54&Itemid=132](http://www.maroc.attac.org/joomla/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=54&Itemid=132)

---

JPBerlin - Mailbox und Politischer Provider

Sandimgetriebe Mailingliste - Eine Mailingliste im Rahmen von Attac

[Sandimgetriebe@listen.attac.de](mailto:Sandimgetriebe@listen.attac.de)

Zu Optionen und zum Austragen:

<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sandimgetriebe>

---

Eine andere Welt braucht Unterstützung:

Bei unseren Kampagnen ([www.attac.de](http://www.attac.de)) mit Spenden

(<https://www.attac.de/spenden.php>)

oder durch Mitgliedschaft

(<https://www.attac.de/mitglied.php>)



